Donnerstag, 7. Juli 1921. Einzelnummer 3 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 109.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 8.— M.
über 10 Zeilen 10.— M.
im Reklameteil 30.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Zur Lage der Polen in Deutschland.

Deutsche Gerichtsentscheidung über die Entlassung der polnischen Arbeiter in Deutschland.

Nach der „Deutschen Rundschau" hat auf Antrag des Vorstandes der Polnischen Bergarbeiter-Berufsvereinigung in Bochum das Senftenberger Gericht gegen 15 Betriebsratsmitglieder (Arbeiterausschuß) der Unterabteilung des Braunkohlenwerkes, welche die Entlassung der polnischen Arbeiter forderten, folgendes Urteil gefällt:

1. Der Betriebsrat hat nicht das Recht, die Mitglieder der Polnischen Berufsvereinigung unter gleichzeitiger Androhung der Entlassung oder anderen Benachteiligungen zum Übertritt zu einer anderen Organisation aufzufordern,

2. die in der Polnischen Berufsvereinigung organisierten Bergarbeiter bei der Ausübung der Arbeit in den in dem Bereichsbezirk des Gerichts gelegenen Bergwerken, wenn keine anderen Gründe als die Zugehörigkeit zur Polnischen Berufsvereinigung vorliegen, zu hindern. Zuwiderhandlungen werden mit einer Haftstrafe bis zu einem Monat geahndet.

In der Begründung wurde der Beschluß der Belegschaft hervorgehoben und folgender Schluß gezogen. Die Gegenpartei (Betriebsrat) hat ihre Befugnisse überschritten und das Koalitionsrecht, das von den Gewerkschaften gefordert und gesetzlich gesichert ist, verletzt. Sie hat nichts zu ihrer Rechtfertigung anführen können. Die Vertretung seiner Nationalität sei nicht unehrenhaft.

Die polnische Kommission in Deutschland.

Berlin, 6. Juli. Die aus Polen und Deutschen zusammengesetzte Posener Kommission ist gestern aus dem Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Sie gibt über das Ergebnis ihrer Reise für die deutsche und polnische Presse eine Erklärung ab, worin es heißt:

Die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet sind wegen ihrer Stammeszugehörigkeit keiner Ausnahmebehandlung unterworfen. Abgesehen von wenigen Einzelfällen haben keine Entlassungen geschweige denn Ausweisungen stattgefunden. Staatliche Behörden, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände sind gleicherweise bestrebt, das friedliche Zusammenarbeiten der beiden Nationalitäten sicherzustellen. Verfehlungen einzelner Personen finden Ahndung. Alle Beteiligten waren darüber einig, daß alles getan werden müsse, um in Polen sowohl wie in Deutschland die Gegensätze auszugleichen.

Die Kommission begab sich in das Niederlausitzer Braunkohlenrevier.

Noch keine Abreise der Sejmkommission nach Deutschland.

Der Abgeordnete Haßbach hatte einen Antrag im Sejm eingebracht, daß eine Sejmkommission nach Deutschland fahren sollte, um die Fälle etwaiger unrechtmäßiger Entlassungen von polnischen Arbeitern festzustellen. Es war zugesagt worden, daß die Reise, die unter Führung des Abg. Haßbach stattfinden sollte, schon am Freitag erfolgen sollte. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Abreise bis auf weiteres verschoben.

Die Liquidierung des oberschlesischen Aufstandes.

Der Kriegszustand im Abstimmungsgebiet hat nun aufgehört, es herrschen in Oberschlesien äußerlich wieder erträgliche Zustände. Seit wenigen Tagen gibt es wieder so etwas wie Postverkehr mit dem oberschlesischen Industriegebiet. Das Wichtigste bleibt vor allen Dingen die endliche Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs. Der Pessimismus der bedauernswerten Oberschlesier ist sehr groß. Sie hoffen nur noch auf die baldige endgültige Regelung der oberschlesischen Frage.

Die materiellen Schäden, die dieser Aufstand Oberschlesien zugefügt, sind ungeheuer. Noch entsetzlicher sind die Leiden und Qualen, die die Bevölkerung über sich ergehen lassen mußte. Die mittelbaren Schäden und Nachteile sind noch gar nicht auszudenken. Ein großer Teil der Bevölkerung hat durch die Verhältnisse zu viel erdulden müssen, um noch länger in Oberschlesien leben zu können. Aus Gleiwitz allein sind bis jetzt schon über hundert Möbelwagen bei den Speditionsfirmen bestellt, weil die Deutschen ein viertes Mal eine solche Leidenszeit nicht mehr durchzuhalten vermögen. Die Arbeitslosigkeit im Industriegebiet mit all ihren Folgeerscheinungen ist riesengroß. Sie wird noch größer werden und noch lange andauern. Inzwischen aber wird das Flüchtlingselend, die Not der Städte, die Drangsal der Landbevölkerung ins Unermeßliche anwachsen. Kein Mensch vermag zu ermessen, was für Werte hier vernichtet wurden. Nur ein einziges Mittel gibt es, das jetzt noch helfen könnte: die sofortige Entscheidung über das endgültige Schicksal Oberschlesiens. Es darf nichts unversucht gelassen werden, sie so rasch wie möglich herbeizuführen.

Forderungen der deutschen Oberschlesier.

Die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften haben der interalliierten Kommission eine Erklärung aus Tarnowitz vom 1. Juli übermitteln lassen, in der es u. a. heißt: Die in deutscher und polnischer Sprache gedruckte polnische Presse schürt schon jetzt den neuen Aufstand. Wir betrachten die Beilegung des Aufstandes als eine Pause vor neuen schweren Ereignissen. Nach unserem Rechtsbewußtsein dürfen unter die Amnestie nicht fallen:

1. Der bisherige polnische Plebiszitkommissar Korfanty und die Mitglieder des Vollzugsausschusses;

2. die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreiskommandanten, auf deren Befehl und unter deren Führung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind;

3. die Vorsitzenden und Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowie über alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angemaßt haben;

4. alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der interalliierten Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeiräte und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und Spezialpolizei;

5. alle diejenigen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und das Eigentum begangen haben.

Die interalliierte Kommission trifft die Verantwortung dafür, daß eine auch Urheber des letzten Aufstandes umfassende Amnestie mit Notwendigkeit den vierten Aufstand hervorrufen muß.

Ein Rücktritt Le Ronds?

Berlin, 6. Juli. (PAT.) Die Berliner Presse begrüßt mit großer Freude alle Gerüchte über die bevorstehende Demission des Generals Le Rond. Tatsache ist, daß gewisse Fraktionen in Frankreich um jeden Preis auf eine Abberufung des General Le Rond dringen, der sich jedoch weiter der vollen Wertschätzung der einflußreichen französischen Politiker erfreut. Wie „Carnet de la Semaine" berichtet, sandte Kriegsminister Barthou den Chef seines Stabes, General Hergaux, mit dem Auftrag nach Oppeln, Le Rond, mitzuteilen, daß die Regierung in ihm vollkommenes Vertrauen setzt und ihm empfiehlt, die Richtung der bisherigen Politik weiter zu verfolgen. Ebenso lobt der Vertrauensmann Millerands, der frühere Sekretär für auswärtige Angelegenheiten Paleologue, das Vorgehen des Generals Le Rond. Wie diese Zeitung weiter berichtet, besitzt Barthou das vollkommen. Vertrauen Millerands und des nationalen Blocks im Parlamente

Deutschland und Amerika.

Neuyork, 6. Juli. Sofort nach Annahme der Friedensresolution durch den Senat war ein besonderer Vertreter der Regierung nach Tarrytown im Staate New Jersey gereist, wo Präsident Harding Gast des Senators Frelinghouse ist, um ihm den Senatsbeschluß zu übermitteln, der vom Präsidenten sofort unterzeichnet wurde. Im Senat war Senator Underwood der schärfste Gegner der Friedensresolution gewesen, die auch von den Demokraten bekämpft wurde. Nach einer Meldung des „Neuyorks Herald" wird der Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein nunmehr erfolgen. Da keine Aussicht besteht, daß Amerika den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert, müsse es den Befehl zum Abzug der amerikanischen Truppen erteilen. Der jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eingetretene Friedenszustand lasse ein weiteres Verbleiben der amerikanischen Truppen im Rheinland nicht gerechtfertigt erscheinen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Die Griechen in Kara Marsul.

Paris, 6. Juli. (PAT.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der griechische Kreuzer „Kilkis" die Hafenstadt Kara Marsul an der Bucht von Ismid bombardierte. „Temps" meldet, daß die Griechen das Schiff verließen und diese Stadt sowie andere Ortschaften in der Gegend in Brand steckten.

Lemnos und Lembros an Griechenland.

London, 6. Juli. (Tel.-U.) „Exchange Telegraph" meldet, daß die englischen Behörden Griechenland die Inseln Lemnos und Lembros übergeben haben.

England in Konstantinopel.

London, 6. Juli. (Tel.-U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die englischen Behörden die Leitung der Polizei übernommen haben, Aufrufe an die Bevölkerung erlassen und zahlreiche Haussuchungen vorgenommen wurden. In London befürchtet man, daß Bulgarien die gegenwärtige Lage Griechenlands ausnützen könnte, um ohne große Anstrengung einen Teil der Gebiete gewaltsam zurückzunehmen, die durch den Friedensvertrag verloren gingen.

Dazwischentreten der Koalition.

Warschau, 6. Juli. Die Vertreter der Koalitionsstaaten sandten eine Aufforderung nach Angora, die Offensive einzustellen. Als Antwort darauf verlangt die Leitung der Truppen Kemal Paschas die sofortige Räumung Smyrnas durch die Griechen. Die Vertreter der Koalition haben diese Bedingung an das griechische Hauptquartier geschickt. Griechenland entzieht sich der Ausführung der Forderung Kemal Paschas, wird aber gezwungen sein nachzugeben, weil die Lage seiner Armee nach der Niederlage bei Uszak kritisch ist.

Warschau, 6. Juli. (PAT.) Reuter meldet, daß der größte Teil der Mittelmeerflotte Befehl erhalten hat, nach Konstantinopel zu gehen.

Muedin Pascha in Ismid.

Rom, 3. Juli. (PAT.) General Muedin Pascha zog am 1. Juli in Ismid ein. Er versprach der Bevölkerung Schutz ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis. Es traf gleichfalls der englische General French ein, der begeistert begrüßt, von den Kemalisten jedoch kühl aufgenommen wurde.

Das italienische Kabinett Bonomi.

Rom, 6. Juli. (PAT.) Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Bonomi: Präsident und Innenminister, vorläufig auch Außenminister, Girardini: Kolonialminister, Rodino: Justizminister, Soleri: Finanzminister, Nava: Schatzminister, Gasparetto: Kriegsminister, Bergamesco: Marineminister, Cordino: Aufklärungsminister, Micheli: Arbeitsminister, Maury: Landwirtschaftsminister, Belotti: Handel und Industrie, Raineri: Minister der befreiten Gebiete, Beneduco: Minister für Post- und Telegraphenwesen.

Konferenz der Nachfolgestaaten.

Rom, 6. Juli. (PAT.) Die meisten Staaten, die sich an der Konferenz der Nachfolgestaaten in Porto Rose beteiligen wollen, waren mit dem englischen Vorschlag einverstanden, die Konferenz erst Ende des Sommers stattfinden zu lassen. Der genaue Termin dieser Konferenz wird veröffentlicht werden.

Oesterreichs Kredit auf der Botschafterkonferenz.

Paris, 5. Juli. (PAT). Gestern fand eine Botschafterkonferenz statt, die sich mit dem Kredit Oesterreichs beschäftigte. Sie nahm den Entwurf des Völkerbundsrates an. Italienischerseits wurde ein besonderes Abkommen der Besatzungskredite vorgeschlagen. Die definitive Einnahme des Standpunktes der italienischen Regierung wird sich wegen der Kabinettskrisis verzögern.

Die deutsch-französischen Besprechungen.

Paris, 6. Juli. Die Besprechungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen über die Bezahlungen in natura sind fortgesetzt worden. Betreffs der Festsetzung der Preise für Waren und Material ist man übereingekommen, eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus drei Mitgliedern, einem Franzosen, einem Deutschen und einem Arbeiter, der von der Wiederherstellungskommission zu ernennen ist, bestehen soll. Wegen der Art und Termine der Bezahlungen der Lieferung in natura ist man zu einer Regelung gekommen, die es Frankreich ermöglicht, die Lieferungen über eine möglichst lang zu bemessende Frist zu verteilen.

Die Wirtschaftsverhandlungen vertagt.

Paris, 6. Juli. (Telunion). Die französischen-deutschen Wirtschaftsverhandlungen sind bis zum 20. Juli vertagt worden. Rathenau wird nicht nach Paris kommen, vielleicht wird mit ihm aber noch eine französisch-deutsche Konferenz in Wiesbaden stattfinden. Einige Blätter halten jetzt die Aufhebung der Sanktionen für erwünscht, dagegen müsse die Bestrafung der Kriegsschuldigen erfolgen.

Frankreich verlangt die ganzen deutschen Zolleinnahmen.

Paris, 5. Juli. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Delegierten über die Wiedergutmachungen sind bis zum 10. Juli vertagt worden. In Pariser Kreisen verlautet, daß die Garantiekommission in Berlin ihre Hand auf die deutschen Zolleinnahmen legen will als Sicherheit für die Jahreszahlungen. Dies würde zur Folge haben, daß die Zollgrenze am Rhein automatisch in Wegfall kommt. Frankreich wird für seine Sicherheit die Besetzung von Düsseldorf aufrechthalten. Die Frage der Aufhebung der Sanktionen wird sofort nach Rückkunft der deutschen Delegierten zur Sprache kommen.

Zur Frage der Sanktionen.

Paris, 6. Juli. (Tel.-Un.) Wie der „Temps" berichtet, erinnerte Briand in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter daran, daß die Sanktionen nur zur Erzielung folgender Ergebnisse verhängt seien: 1. Ordnung der Wiederherstellungsfrage. Die französische Regierung erklärt hierzu gern, daß das Kabinett Wirth Beweise seines guten Willens gegeben habe, und sie denke nicht daran, die Sanktionen bis zur Erfüllung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands aufrecht zu erhalten. 2. Entwaffnung. Diese sei noch nicht vollkommen beendet. Ihre umgehende Erledigung hänge aber von Deutschland ab. 3. Verurteilung der Kriegsbeschuldigten. Diese sei im Gange. Briand hat dem Botschafter ferner erklärt, daß die aus den Angriffen der Rechtsparteien auf das Kabinett Wirth entstehende Unsicherheit für das deutsche Kabinett ein Hindernis bilde für die Wiederkehr des Vertrauens, das auf französischer Seite eine Vorbedingung für die Aufhebung der Sanktionen bedeute. Der „Temps" bedauert, daß der deutsche Außenminister in seiner letzten Reichstagsrede diesen Erklärungen Briands keine Rechnung getragen habe,

Die Konferenz in Boulogne.

London, 6. Juli. (PAT.) „Times" besprechen die Nachrichten, nach denen die Konferenz in Boulogne schon in kommender Woche stattfinden könnte und sagt, daß sie eine vertrauliche Nachricht aus englischen Kreisen erhalten habe, daß Briand vor dem 10. Juli nicht an der Konferenz teilnehmen könnte. „Times" sagen, die englische Regierung habe bisher weder eine Einladung erhalten, noch irgend welche Dispositionen getroffen.

Tschechoslowakei und Belgien.

Prag, 6. Juli. (Telunion). „Ludove Noviny" erfahren, daß in nächster Zeit die Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Belgien in Gang kommen werden. Die maßgebenden industriellen Körperschaften wurden bereits aufgefordert, sobald als möglich die Wünsche der tschechoslowakischen Industrie für diesen Vertrag bekannt zu geben, dessen Abschluß sehr schwierig sein wird, da Belgien in wirtschaftlicher Hinsicht dem tschechoslowakischen Staate sehr ähnlich ist und die gegenseitigen Konkurrenzinteressen hier in weit höherem Maße aufeinanderstoßen, als bei dem Handel mit den anderen Staaten.

Die tschechisch-ungarischen Verhandlungen.

Prag, 6. Juli. (Tel.-U.) Die „Narodi Listy" meldet aus Preßburg: Die tschechisch-ungarischen Verhandlungen in Ofenpest sind auf große Schwierigkeiten gestoßen. Die ungarischen Unterhändler bekunden eine durchaus abweichende Anschauung über die endgültige Festsetzung unserer Staatsgrenze und sprechen fortwährend über von der Tschechoslowakei nur provisorisch besetzte Gebiete.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Madrid, 6. Juli. (PAT.) Das spanische Kabinett reichte seine Demission ein. Die Stelle des Finanzministers soll der Direktor der spanischen Bank, Jose Maestro einnehmen.

Aufstand in Marokko.

Madrid, 5. Juli. In Marokko ist ein großer, lange vorbereiteter Aufstand ausgebrochen, der sich gegen die spanische Herrschaft richtet.

London, 6. Juli. (PAT.) Die neuen Operationen der spanischen Truppen gegen die Aufständischen in Marokko verlaufen befriedigend. Der Kriegsminister widerspricht den Nachrichten, daß die spanische Regierung beabsichtige, weitere Streitkräfte nach Marokko zu schicken.

Politische Tagesneuigkeiten.

Vom Völkerbundsrat. Der Präsident des internationalen Arbeitsbureaus beim Völkerbundsrat Thomas fährt im Juli nach Schweden und nach den baltischen Staaten. In Riga trifft er am 13. Juli ein.

Anläßlich der Unabhängigkeitsfeier der Vereinigten Staaten sandten Millerand und Briand dem Präsidenten Harding eine Gratulationsdepesche.

Amerika möchte die Azoren haben. Nach Washingtoner Nachrichten verhandelt die amerikanische Regierung mit Portugal über den Ankauf der Azoren. Die Vereinigten Staaten wünschen den Besitz dieser Inselgruppe, um dort eine große Schiffsbasis im Atlantischen Ozean zu errichten.

Sowjetrußland.

Trotzki verhaftet?

Warschau, 6. Juli. Aus Helsingfors ist die sensationelle Nachricht über die Verhaftung Trotzkis eingetroffen. Diese Nachricht soll der Hauptstadt Finnlands in offizieller Form gemeldet sein. Der Grund der Verhaftung sollen die absolutistischen Bestrebungen Trotzkis sein. Er wurde im Kreml festgesetzt. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Die Gerüchte entbehren aber nicht der Grundlage, da schon die englischen Zeitungen vom 30. Juni Depeschen über Reval nach Moskau gaben über die charakteristischen Vorfälle, die sich in der Hauptstadt der Sowjetregierung ereigneten. Nach diesen Depeschen beabsichtigten Trotzki und Bucharin, ein Attentat auf Lenin auszuführen. Sie begaben sich an der Spitze ihrer Vertrauensmänner in das Bureau Lenins im Kreml; die Wache jedoch wollte sie nicht durchlassen. Darauf forderte Trotzki eine Unterredung mit Lenin, die eine volle Stunde dauerte. Nach dieser Unterredung zog Trotzki mit seiner Kanzlei aus dem Kreml und mietete sich in einem der requirierten Hotels der Stadt ein.

Von der dritten Internationale.

Warschau, 6. Juli. In Baranowitschi treffen Mitglieder des dritten Kongresses der dritten Internationale ein, welche die Spaltung bestätigen, die sich auf dem Kongreß zeigte. Sie beschweren sich über das Vorgehen der Sowjets, welche die Mitglieder des Kongresses nicht herauslassen wollen. An dem Kongreß nahmen auch Mitglieder der Linken teil. Dieses bewirkte, daß die Reformen Lenins keinen Erfolg hatten. Die Parteien Trotzkis und Bucharins verlangen infolge der großen Überlegenheit ihrer Mitglieder unter den Delegierten der Tagung von Lenin die Niederlegung aller Ämter und seinen Rücktritt von seinem Posten.

Gegenrevolution.

London, 6. Juli. (PAT.) Nach dem „Daily Herald" sind hier Anzeichen vorhanden, daß sich in Rußland eine neue Verschwörung vorbereitet, die sich die Hervorrufung eines gegenrevolutionären Aufstandes im nächsten Monat als Ziel setzt. Die Aufständischen sollen über sehr große Finanzmittel verfügen.

Abtransport der Flüchtlinge und Gefangenen.

Warschau, 6. Juli. (PAT.) Das Pressebureau des Außenministeriums teilt mit, daß in den nächsten Tagen der zweite Transport der Flüchtlinge und Internierten aus Moskau abgehen wird

Finanzverhandlungen mit Frankreich.

Moskau, 4. Juli. (Tel.-U.) Hier ist eine Gruppe französischer Finanzleute angekommen. Darunter 2 Vertreter der Bank von Frankreich und ein Direktor von Schneider u. Creuzot, um mit der Sowjetregierung auf ihren Wunsch über finanzielle Fragen zu verhandeln.

Reste der Wrangelarmee.

Basel, 6. Juli. General Wrangel richtet an den Völkerbundsrat und an das internationale rote Kreuz den dringenden Appell, die Reste seiner Armee in der Türkei nicht an Hunger und Typhus zu Grunde gehen zu lassen.

Versorgungsfrage in Rußland.

Helsingfors, 6. Juli. (Tel.-U.) Die Moskauer „Prawda" meldet, die Versorgungsfrage hat sich in Rußland sehr zugespitzt. Die Ernteaussichten sind äußerst schlecht. Im Osten, Süden, sowie im Kaukasus ist das Getreide verbrannt. In den Gouvernements Ufa, Kaluga, Smolensk ist überhaupt kein Getreide vorhanden.

Rußlands Handelspolitik.

Danzig, 4. Juli. (PAT.) Aus London wird gemeldet, daß Krassin sich an die französische Regierung mit dem Vorschlag gewendet habe, Verhandlungen über den Abschluß eines russisch-französischen Handelsvertrages aufzunehmen. Die französische Regierung lehnte diesen Vorschlag ab. Krassin wandte sich gleichzeitig an Lloyd George mit dem Vorschlag, die bolschewistische Regierung anzuerkennen.

Polens Bundes- und Handelsvertrag mit Rumänien.

Warschau, 6. Juli. Am 1. Juli, an dem Tage, an dem in Warschau durch den Sejm der Bundesvertrag zwischen Polen und Rumänien ratifiziert wurde, unterschrieb in Bukarest der Delegierte der polnischen Regierung, Vizeminister Straßburger zusammen mit den polnischen Gesandten in Bukarest den Handelsvertrag mit Rumänien. Seitens Rumäniens unterzeichnete Take Jonescu den Vertrag. Dieser Vertrag ist der erste Handelsvertrag, den Polen unterschrieben hat. Der Vertrag stützt sich auf große Privilegien. Beide Parteien haben sich weitgehendste Ausdehnung der Transitrechte auf ihrem Gebiet zugestanden. Einer der wichtigsten Vertragspunkte ist die Optionserteilung an Polen für 1½ Jahr zur Gewinnung eines Freizollgebietes in den Häfen Galacz und Braila im Umfange von 6000 Quadratkilometern. Wegen der noch nicht geregelten Beziehungen zu Danzig legt die polnische Regierung auf obige Konzessionen einen großen Wert.

Die Wirtschaftslage in Polen.

Neue Gefahr für das Kabinett Witos.

Einer Meldung aus Warschau entnehmen wir folgendes:

Über die gegenwärtig alles beherrschende Frage, wie man dem durch den Niedergang der polnischen Mark drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch entgehen könne, werden an beteiligten Amtsstellen ebenso wie in Kaufmannskreisen und im Sejm eifrige Beratungen gepflogen. Die Vorsteher des Warschauer Börsenkomitees und der Vereinigung polnischer Banken konferierten mit dem Finanzminister Steczkowski. Sie sprachen den dringenden Wunsch aus, der Finanzminister möge sich vom Sejm außerordentliche Vollmachten erteilen lassen, um durch eine Reihe sofortiger Ausnahmemaßnahmen die ärgsten Schädigungen der Handelswelt abwenden zu können. Ähnliche Anstrengungen werden auch von anderer Seite gemacht, besonders seit nunmehr aus Galizien, vor allem aus Krakau die ersten Nachrichten über Bankerotterklärungen einzelner Firmen eingehen, die ihre Verbindlichkeiten gegenüber österreichischen und tschechischen Lieferanten nicht mehr einlösen können.

Bemerkenswert ist, daß die Wirtschafskatastrophe auch weidlich politisch ausgenützt wird. Während die Blätter, und vor allem die der Witos-Regierung nahestehenden Zeitungen, sich auf sachliche Erörterung der schwierigen Lage beschränken und eine Rettung auch nur in sachlichen Hilfsmaßnahmen erblicken, eröffnen die Blätter der Rechten einen neuen wütenden Feldzug gegen die Witos-Regierung. Diese Zeitungen sind noch gereizt durch den Ausgang der letzten Regierungskrise und greifen die Torso-Regierung rücksichtslos an. Die „Rzeczpospolita" gibt der Schwäche der Regierung die nahezu ausschließliche Schuld an dem Debakel und der Wirtschaftspanik. Noch schärfer spricht sich der Krakauer „Czas" aus und verlangt, daß der Sejm jetzt nicht in Ferien gehen dürfe.

Gerade hinter dieser Forderung der Rechtsparteien verbirgt sich die Hoffnung auf den Sturz des Witoskabinetts. Wenn nämlich die Session des Sejms fortgesetzt wird bis zur Ernte, so werden sich trotz aller Zeitumstände die Bänke der Bauernpartei naturnotwendig leeren müssen. Diese Partei ist aber die stärkste Stütze des Witoskabinetts. Sind nur wenige Abgeordnete zur Stelle, so hofft die Rechte mit Leichtigkeit einen Mehrheitsbeschluß herbeizuführen, der den Sturz der Witos-Regierung zur Folge haben könnte. Aus diesem Grunde opponiert sie auch bereits gegen Verständigungsabsichten in der Wilnaer Frage. Ebenso wie sie überhaupt ein sich bemerkbar machendes Einlenken in außenpolitischen Fragen den Mittelparteien als Schuld anrechnet.

Von den Parteien im Sejm.

Warschau, 6. Juli. (Tel.-U.) Der Klub der christlichen Demokratie schmilzt immer mehr zusammen und zählt augenblicklich nur noch 18 Mitglieder. Ein Mitglied nach dem andern tritt aus der Partei aus und geht in der Regel in die Reihen der sogen. „Wilden Abgeordneten" über.

Warschau, 6. Juli. (Tel.-U.) In einer der nächsten Sitzungen des polnischen Sejm wird der Antrag für die Ratifikation der polnisch-rumänischen Verträge eingetragen werden. Der obige Beschluß im Zusammenhang mit dem seit einigen Tagen zutage getretenen freundschaftlichen Kurs in der Außenpolitik Polens gegenüber Tschechien läßt schließen, daß Polen in der Auslandspolitik einen Anschluß an die kleine Entente sucht.

Oberschlesien und Sejmparteien.

Warschau, 5. Juli. (Tel.-U.) Die oberschlesische Frage hat auch im parteipolitischen Leben eine Wirkung dahin ausgelöst, daß eine Partei der andern vorwirft, die Oberschlesier nicht genügend zu unterstützen. Besonders der Nationaldemokratie, die ihren Sitz im Posenschen hat, wird vorgeworfen, daß sie ihrer Bürgerpflicht nicht nachgekommen sei. Ein polnisches Blatt stellt fest, daß Kongreßpolen für Oberschlesien 58 Waggons Lebensmittel, Kleinpolen 27 und Posen und Pommerellen zusammen nur 5 Waggons mit Lebensmitteln geopfert habe.

Zur Hebung der polnischen Valuta.

Warschau, 6. Juli. (PAT.) In einer Versammlung der Vertreter der Banken und der Polnischen Landesdarlehnskasse wurde die Summe der 5proz. Schatzscheine auf 5 Milliarden Mark erhöht. In dieser Hinsicht informiert, werden die klein- und großpolnischen Banken zweifellos gleichfalls einen nicht geringen Anteil in der Subskription nehmen, und die ganze Menge der ausgegebenen 5proz. Schatzscheine werde auf diese Weise schnell verteilt. Die 5proz. Schatzscheine können jederzeit ohne Verlust der laufenden Prozente in bar umgetauscht werden und sind günstige Papiere, die gleichzeitig die Barschuldenlast der Regierung verringern. Sie halten in entsprechendem Maße das Drucken der Banknoten auf, was den Kurs der polnischen Mark auf dem Auslandsmarkt günstig beeinflussen wird.

Polen und Danzig.

Danzig, 6. Juli. (PAT.) Am Freitag werden zwei Mitglieder der interalliierten Kommission für die Teilung des staatlichen Besitzes in Danzig eintreffen, der Engländer Carrey und der Franzose Lefevre. Das dritte Mitglied dieser Kommission, der Vertreter Italiens, wird zum ständigen Aufenthalt als Konsul in Danzig eintreffen. Die Sitzungen der Kommission werden in nächster Woche wieder erneuert werden.

Danzig, 6. Juli. (PAT). Die polnische Delegation hat in allen Fragen, die mit der Teilung des deutschen und preußischen Vermögens der Freistadt Danzig verknüpft sind, besonderes Verhandlungsmaterial vorbereitet. Polnischerseits steht nichts im Wege, daß schon in kürzester Zeit eine Teilung dieses Vermögens zwischen Polen und Danzig durchgeführt würde.

Amerika für Danzigs Unabhängigkeit.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten" berichten in der Nummer vom 4. Juli über den Empfang des Vertreters dieser Zeitung, Fritz Jaenicke, durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten und über den „großen Eindruck bei der amerikanischen Presse". Fritz Jaenicke sollte sich über die Auswanderungsfrage unterrichten und durch Anknüpfung von Beziehungen zu verschiedenen führenden Persönlichkeiten die Aufmerksamkeit des Auslandes auf Danzig lenken. Über den Erfolg seiner Sendung schickt der Vertreter an seine Zeitung folgendes Telegramm:

An Bord „Estonia", 1. Juli. Herzliche Grüße allen Kollegen. Ich melde besten Erfolg meiner Sendung. Ich hatte als erster Journalist deutscher Zunge nach dem Kriege eine außergewöhnliche Privataudienz beim Präsidenten Harding. Der Präsident der Vereinigten Staaten empfing mich kurz vor einer wichtigen Kabinettssitzung in Washington und gewährte mir eine längere Unterredung. Er betonte mir gegenüber die Unabhängigkeit Danzigs, an der nicht zu zweifeln sei und für deren Unantastbarkeit sich auch Amerika einsetze. Der Präsident erkundigte sich interessiert nach dem Zeitungswesen in Danzig. Nach der eingehenden Schilderung, die ich gab, bezeichnete er die Verbreitung der „Danziger Neuesten Nachrichten" als bedeutend, über deren Ausgestaltung und Wesen — ich überreichte ihm einige Exemplare — er sich lobend aussprach. Er erkannte unserer Zeitung eine bedeutende und führende Aufgabe im ganzen Osten zu. Als ich mich vom Präsidenten verabschiedete, sprach er mir für Danzig und für die gesamten kriegswunden Europavölker die besten Wünsche aus. Amerika sei für den Frieden und wünsche von Herzen, daß das durch den Krieg ins Elend gestürzte Europa bald gesunden möge. Er bat mich, diese seine Worte als eine Botschaft Amerikas durch unsere „Danziger Neuesten Nachrichten" zu verkünden. Die Unterredung endete mit einer persönlichen Einladung des Präsidenten an mich, dem späteren großen Presseempfang beizuwohnen.

Ich hatte darauf Gelegenheit, noch mehrere Departementshäupter zu interviewen, folgte sodann einer Einladung in den Washingtoner Metropolitanklub, der wohl als der vornehmste und bedeutendste Klub von Staatsleuten in Amerika angesprochen werden darf. Ich speiste dort zusammen mit Staatssekretär Hughes, mit Unterstaatssekretär Fletcher, mit dem Ernährungskommissar Hoover und General Pershing. Es wurde mir sodann liebenswürdigst das Klubauto zur Verfügung gestellt, in dem ich mich zur Bahn begab.

Die Washingtoner und Neuyorker Presse berichtet in sensationellen Artikeln über meinen Empfang beim amerikanischen Präsidenten, der in der gesamten dortigen Presse und in allen öffentlichen Kreisen großes Aufsehen erregt hat. Der „Star Washington" überschreibt mit großen Lettern: „Präsident Harding empfängt Fritz Jaenicke." „NeuyorkEvening Post" betitelt groß: „Präsident Harding sendet Europäern Botschaft guten Willens durch Fritz Jaenicke." Die allgemeine Meinung der amerikanischen Presse ist, daß meine Amerikareise einen ganz außerordentlichen journalistischen Erfolg darstellt. Die Bedeutung unserer „Danziger Neuesten Nachrichten" wird überall hervorgehoben.

Republik Polen.

† **Rücktransport der polnischen Staatsangehörigen aus Petersburg.** Eine Schiffahrtgesellschaft, die zahlreiche Dampfschiffe besitzt, organisiert für die nächste Zeit einen Seetransport für die Rückkehr von polnischen Staatsangehörigen von Petersburg. Diese Schiffe werden zugleich das Eigentum der Staatsbürger und die Reste des polnischen Staates mit hinüberführen.

† **Raczkiewicz in Wilna.** Der Innenminister Raczkiewicz begab sich auf eine Woche nach Wilna zwecks Regulierung von Angelegenheiten, die mit seinem bisherigen Amt als Delegierter der polnischen Regierung in Wilna zusammenhängen. Während seiner Abwesenheit übernahm Unterstaatssekretär Kuczyński die Leitung des Ministeriums.

Deutsches Reich.

** **Der neue österreichische Gesandte in Berlin Riedel** ist in Berlin eingetroffen. Nach seiner Ankunft hat er dem Reichspräsidenten das Beglaubigungsschreiben überreicht.

** **Französischer Kontrollkommissar beim Reichsfinanzministerium.** Nach einer Meldung der „Information" soll in Berlin eine Note der Entente überreicht worden sein, in der die Bestallung eines französischen Kontrollkommissars beim Reichsfinanzministerium sowohl wie beim Statistischen Amt verlangt wird.

** **Der neue norwegische Gesandte.** Der Reichspräsident hat den neuernannten norwegischen Gesandten Arne Scheel zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens em-

---

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

9. Kapitel.

Am nächsten Vormittag, es war Sonntag, trafen Hanna und ihre Tante in Horst Begleitung in Wiener-Neustadt ein. Da gab es in der Leichenkammer des Spitals eine schmerzens- und tränenreiche Szene, wonach Horst in der Spitalskanzlei Verfügungen betreffs Bergers Überführung nach Wien traf.

Der Rest dieses traurigen Vormittags ging damit hin, daß Horst die Damen zu dem Untersuchungsrichter führte. Herr Dr. von Western gab ihnen in lieber Weise sein warmes Mitgefühl zu erkennen und folgte ihnen das Kuvert, das er von Kreindorfer übernommen, sowie den Schlüsselbund aus, den man bei dem Ermordeten gefunden hatte. Das Kuvert hatte Herr Dr. von Western — so berichtete er den Damen, auf des Hoteliers ersuchen hin in dessen und eines Zeugen Gegenwart geöffnet und das Geld darin nachgezählt.

Es stimmte mit der Angabe, welche Kreindorfer diesbezüglich gemacht hatte.

Daß diese der Summe entsprach, die er von dem nun für ewig verstummten Baumeister zur Aufbewahrung übernommen, daran zweifelte Dr. von Western, welcher Kreindorfers Redlichkeit kannte, keinen Augenblick, und auch den anderen fiel es nicht ein, an der Ehrlichkeit Kreindorfers zu zweifeln.

Übrigens würden ja Bergers Aufzeichnungen in seinem Ausgabenbuch die Summe nennen, welche er diesmal zur Auszahlung mitgenommen hatte. Außer dem Gelde befand sich in dem großen Kuvert ein zweites, kleineres, das ebenfalls verklebt worden war. Dieses Kuvert hatte Herr von Western nicht geöffnet. Es stand, mit Bleistift geschrieben, darauf: „Diverse Privatpapiere". In diese Einsicht zu nehmen, hatte Herr von Western keine Ursache gehabt.

Ehe die Damen ihn verließen, ließ er sich von ihnen Bergers Uhr, deren Kette und die Anhängsel beschreiben und sagte ihnen, daß Kreindorfer bitten lasse, Bergers Sachen möchten bald abgeholt werden, damit das Zimmer, das er bewohnt hatte, wieder benutzt werden könne.

Die Kommission — auch das erwähnte er — habe noch einmal am eigentlichen Tatort, aber auch an vielen anderen Örtlichkeiten des Hauses Nachschau gehalten, aber wieder nichts entdeckt, was zur Auffindung des Mörders hätte beitragen können.

In eben derselben Stunde, in welcher Louis Trebel, der armselige Artist, bei Gericht vernommen wurde, saß in einem kleinen Wirtshause, welches nahe der alten Semmeringer Straße steht, ein Gast vor einem Glase Bier, davon er noch nichts getrunken hatte, und das schon recht schal aussah.

Daran aber war nicht nur der Umstand schuld, daß in der sehr bescheidenen Wirtschaft nicht gar oft ein neues Faß angezapft wurde.

Das Bier stand nämlich schon reichlich eine Stunde lang vor dem einsamen Gast, der seltsamerweise nach wahrscheinlich langer Wanderung so gar nicht durstig war.

Die Wirtin, eine alte, gemütliche Frau, die, mit einer Stickerei beschäftigt, seit kurzem in der sauberen, traulichen Gaststube saß und den Mann, der ganz in Gedanken versunken war, schon seit einer Weile mitleidig betrachtete, erhob sich jetzt und trat zu ihm.

„Sagen S', warum trink'n S' denn nit?" fragte sie.

Der Mann fuhr empor.

Der Schrecken schaute ihm aus den tief eingesunkenen Augen.

„Was — was wollen Sie?" fragte er verwirrt.

Er machte auch eine Bewegung, als wolle er sich erheben, sank aber sofort wieder auf seinen Sitz zurück.

Seine Augen aber suchten die Tür, die ins Freie führte.

Gleich darnach aber wandten sie sich der Frau zu, und jetzt war der Trotz in ihnen.

„Was wollen Sie denn?" fragte er noch einmal in gereiztem Ton.

Die Alte zog sich, ein bißchen ängstlich geworden ein paar Schritte zurück.

„Ich hab' ja nur wissen wollen, warum S' gar nix trinken," entschuldigte sie sich, und setzte einsichtig hinzu: „Frisch ist's freilich nit, 's Bier. Mein Gott! Wer kommt denn zu unser einem? Seit d' neue Straß'n ist, könnt' man ruhig zusperr'n. G'rad vom Gewerk kommt manchesmal ein Arbeiter her, und manchesmal ein Jäger oder ein Tourist. Da kann man nit alle Tag anschlag'n."

Ihr Gast hatte schweigend zugehört.

Jetzt machte er, wie zur Probe, einen Schluck. Das Bier mochte wirklich schlecht sein, denn er verzog das Gesicht.

Während er das Glas wieder hinstellte, sagte er jedoch ganz friedlich: „Freilich! freilich! Aber nicht deswegen habe ich es stehen lassen. Mir ist nämlich übel."

Jetzt kam das Mütterliche in der Alten obenauf.

(Fortsetzung folgt.)

pfangen. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen war dabei zugegen.

** **Der Jahrestag der Abstimmung.** Im ost- und westpreußischen Abstimmungsgebiet wird am 10. und 11. Juli durch Kundgebungen für das Deutschtum festlich begangen werden. In Allenstein wird am 11. Juli ein Abstimmungsmuseum eröffnet.

** **Sozialdemokraten und U. S. P. D. in Sachsen.** Auf der Landeskonferenz der Sozialistischen Partei Sachsens wurde gestern u. a. auch über die Frage einer Einigung zwischen der sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. D. verhandelt. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß wohl Schwierigkeiten bestünden, die aber nicht unüberbrückbar seien. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Landeskonferenz den festen Willen bekundet, die von beiden sozialistischen Parteien in Sachsen gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern. Es solle nichts unversucht bleiben, um nicht nur im Landtag, sondern auch in anderen Parlamenten eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, mti dem Ziele einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Freistaat Danzig.

*† **Danzig wehrt sich gegen den Transport von Kriegsmaterial.** Die hiesigen deutschen Zeitungen führen einen lebhaften Kampf gegen den Transport von Explosionsmaterial und Munition durch Danzig nach Polen. Die Ursache ist die Ankunft des französischen Dampfers „Marie Louise" aus Petersburg mit Kriegsmaterial für Polen. Auf demselben Schiff traf in Danzig eine französische Wache ein. Ebenso kam in Danzig ein Weichseldampfer mit 500 Soldaten an, die auf Grund des Völkerbundsratsbeschlusses die Kriegsmaterialien während der Ausladung und des Transportes nach Polen bewachen soll.

*† **Die Hafenstatistik** für den Monat Juni stellt sich folgendermaßen dar: Es liefen im ganzen 205 Schiffe mit 137 748 Registertonnen Rauminhalt ein, davon mit Ladung 166 Schiffe mit 128 900 Tonnen Inhalt. In derselben Zeit verließen den Danziger Hafen 207 Schiffe mit 125 772 To. Gehalt, davon mit Ladung 155 Schiffe mit 98 125 To. Im Vergleich zum vorhergehenden Monat hat sich die Ladung der Schiffe, die Danzig verließen, um 19 000 To. erhöht. Die Ladungen der im Juni eingetroffenen Schiffe bestanden hauptsächlich aus Getreide, Mehl. Kohlen; die ausfahrenden Schiffe enthielten vor allem Holz. Zement und Zucker.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. Juli.

Die Auszahlung von Hypothekenschulden an ausländische Gläubiger.

Die Frage wie die Hypothekenschulden an ausländische Gläubiger zu erfolgen haben, ist schon vielfach gestellt und in der verschiedensten Weise beantwortet worden. Von verschiedenen Seiten ist diese Frage erneut wieder angeschnitten worden. Die Justizabteilung des Deutschtumsbundes in Bromberg hat nun in dieser Angelegenheit folgendes Gutachten abgegeben, das wir hiermit der Öffentlichkeit bekannt geben.

„Die Auszahlung an im Auslande ansässige Gläubiger, insbesondere an die Landschaft, kann meines Erachtens nur in deutscher Währung erfolgen. Das polnische Valutagesetz hat nach seinem eigenen Wortlaut nur Gültigkeit innerhalb der Grenzen des Abtretungsgebietes, nicht über diese Grenzen hinaus. Die westpreußische Landschaft würde auch eine Rückzahlung in polnischer Währung für diese nicht als bindend anerkennen, sondern sich zum mindesten ihre Ansprüche auf Valutadifferenz vorbehalten. Sie würde ferner, sobald der Schuldner oder evtl. einer seiner Erben einmal nach Deutschland übersiedelt, den Schuldner auf die Differenzzahlung anfassen, und meines Erachtens könnte kein deutsches Gericht diesen Anspruch ablehnen. Nach Art. 30 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Anwendung eines ausländischen Gesetzes u. a. dann ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Die Landschaft hat seinerzeit ein Darlehn gegeben, und der hierauf bezügliche § 607 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet:

„Wer Geld oder andere vertretbare Sachen als Darlehen erhalten hat, ist verpflichtet, dem Darleiher Sachen von gleicher Art, Menge und Güte zurückzugewähren."

Zweck dieses § 607 ist also, dem Darlehnsgläubiger das zurückzugeben, was er seinerzeit aus seinem Vermögen hingegeben hat. Ich verweise auf den Artikel in Nr. 20 der „Deutschen Nachrichten": „Die Stellungnahme der deutschen Gerichte zum polnischen Valutagesetz." Die Verpflichtung der Zahlung würde auch im Falle des Todes des Schuldners auf dessen Erben übergehen, und zwar auch in dessen Person weiterbestehen, wenn etwa das Grundstück inzwischen verkauft werden sollte und der Käufer in Anrechnung auf den Kaufpreis die eingetragene Hypothek übernähme. Die Hypothek besteht im Grunde genommen aus zwei Rechtsverhältnissen, nämlich einerseits dem zugrundeliegenden Schuldverhältnis (Darlehen, Restkaufgeld usw.) und andererseits aus dem zur Sicherung der persönlichen Ansprüche gestellten Pfandrecht an Grundstücke. Wer Eigentümer des Grundstücks ist, geht den Hypothekengläubiger nur insofern etwas an, als er gegen diesen Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung zu richten hat, falls er seine persönlichen Ansprüche durch Zugriff auf das Grundstück realisieren will. Persönlich haftbar bleibt aber normalerweise der ursprüngliche Darlehnsempfänger, es sei denn, daß der Gläubiger seine Entlassung aus dem Schuldverhältnis und seine Ersetzung durch den neuen Erwerber des Grundstücks genehmigt hätte. Eine solche Genehmigung liegt aber nicht etwa in der Annahme der Zinsen von dem neuen Grundstückseigentümer, sondern es ist hierfür ein besonderes Verfahren im § 416 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehen.

Auch die Vereinbarung des Erfüllungsortes Bromberg kann an den klaren Bestimmungen des Art. 30 E. G. B. G. B. in Verbindung mit § 607 B. G. B. nichts ändern. Die Vorschrift des materiellen Rechtes, welches auch unbedingt dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, muß stärker sein als die Bestimmung, daß ein Bestimmungsort vereinbart ist. Abgesehen davon gibt es keine geschriebene Bestimmung dafür, daß das Gesetz des Erfüllungsortes maßgebend ist; es ist dies nur eine durch langjährige Übung des Reichsgerichts zum Gewohnheitsrecht gewordene Rechtsnorm. Der Anfrager müßte also darauf gefaßt sein, daß er oder einer seiner Erben einmal in Deutschland auf Zahlung in deutscher Währung in Anspruch genommen wird. Um ihn dort anzufassen, genügt es, wenn er irgendwo in Deutschland ein Vermögen besitzt, zum Beispiel ein Bankguthaben, denn nach § 25 der Zivilprozeßordnung kann ein im Ausland wohnender Schuldner vor dem Gericht verklagt werden, in dessen Bezirk im Inlande sich Vermögen des Schuldners befindet.

Ungültigkeit der Zwangsoptionen.

Der Abgeordnete Barczewski hat sich neulich über die Frage der Aufhebung der bis jetzt vorgenommenen Optionserklärungen geäußert.

Wie bekannt, hatten einige Regierungsstellen in Aussicht gestellt, daß die unter dem Druck der Heereseinziehung vorgenommenen Optionserklärungen für ungültig erklärt werden sollten. Ob eine derartige Ungültigkeitserklärung erfolgen wird, ist nun nach der Meinung des Abg. Barczewski zweifelhaft. Die Regierung wird vielmehr nun gar keine Erklärungen abgeben, in der Tat aber die Optionserklärungen als nicht vorhanden betrachten. Das würde auch der Rechtslage durchaus entsprechen, denn es muß daran festgehalten werden, daß die Formalitäten der Option nicht von einem Staate, sondern von beiden interessierten Staaten bestimmt werden müssen, das heißt also, es ist ein Optionsvertrag zwischen Polen und dem Deutschen Reich notwendig, damit es überhaupt erst zu rechtsgültigen Optionen kommen kann. Der Staat, für den optiert werden soll, muß zweifellos die Möglichkeit haben, nachzuprüfen, ob der betr. Gesuchssteller überhaupt optionsberechtigt ist. Es haben in Pommerellen zum Beispiel eine ganze Anzahl deutschsprachiger Personen für das Deutsche Reich optiert, die niemals die deutsche Reichsangehörigkeit besessen haben, sondern bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages russische Staatsangehörige gewesen sind.

Denjenigen Personen, die also bisher eine Optionserklärung abgegeben haben, kann nur geraten werden, die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten, vor allen Dingen das Zustandekommen der Optionsvertrages zwischen Deutschland und Polen. In diesem Vertrage würde auch zu bestimmen sein, von wann ab die zwölf Monate zu rechnen haben, in denen der Optant unter zollfreier Mitnahme seiner gesamten Habe auswandern kann.

Wichtig für deutsche Schulgemeinden ohne Lehrkräfte.

Am gestrigen Dienstag wurde die Abschlußprüfung für Lehrerinnen am deutschen Seminar in Bromberg beendet. Der Lehrgang umfaßte 34 Teilnehmerinnen. Außerdem nahmen eine Hilfskraft und vier Seminaristen an der Prüfung teil. Durch Eintritt dieser Lehrkräfte in den Schuldienst wird ein Loch, wenn auch nur ein kleines, in dem Lehrermangel zugestopft. Die deutschen Elterngemeinschaften, deren Schulen schon sehr lange unter diesem Mangel leiden, müssen jetzt nichts unversucht lassen, eine Lehrkraft zu bekommen. Sie müssen ihre Wünsche sofort dem zuständigen Kreisschulinspektor mitteilen. Rat und Auskunft erteilt auch schriftlich und mündlich die Schulabteilung des Deutschtumsbundes Netzegau in Bromberg, Plac Wolności 1, II.

Aerztliche Untersuchung vor der Eheschließung.

Wie der „Przegląd Wieczorny" mitteilt, müssen Soldaten vor der Eheschließung ein ärztliches Attest über ihren Gesundheitszustand beibringen. Diese Verordnung wird von dem genannten Blatt für sehr zweckmäßig und richtig gehalten, sei aber nicht hinreichend insofern, als ihr auch die Offiziere unterliegen müßten. Auch diese müßten zur Beibringung des Attestes verpflichtet werden. Das Blatt macht den Vorschlag, der Sejm müßte ein Gesetz herausgeben, nach dem alle Bürger beiderlei Geschlechts vor der Verheiratung Gesundheitsatteste vorzulegen hätten.

Nebenbei bemerkt ist das eine Forderung, die von hervorragenden medizinischen Kapazitäten, die sich die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zur Aufgabe machen, schon lange vor dem Weltkriege gestellt wurde. Nachdem der Krieg eine geradezu grauenhafte Verbreitung der ekelhaften und gefährlichen Geschlechtskrankheiten gebracht hat, muß diese Forderung im Interesse der Volksgesundheit mit allem Nachdruck gefordert werden. Im übrigen ist es heute schon gar nichts Seltenes mehr, daß gewissenhafte Eltern, denen die Gesundheit ihrer Töchter am Herzen liegt, von den Schwiegersöhnen vor der Eheschließung die Beibringung eines ärztlichen Attestes fordern. Das ist aber bis zur gesetzlichen Regelung, die zweifellos zum Nutzen der allgemeinen Volksgesundheit gefordert werden muß, nur ein schwacher Notbehelf.

Teure Schweinepreise!

Die Vermutung, die von hiesigen Fleischern mit Beginn dieser Woche ausgesprochen wurde, daß auf dem heutigen (Mittwoch-) Viehmarkte Schweine nur in geringer Zahl und dabei zu unerhört hohen Preisen zu haben sein würden, hat sich leider bewahrheitet. Aufgetrieben waren im ganzen nur 280 Schweine, und für diese wurden nach Feststellungen der amtlichen Preisnotierungskommission bezahlt für die erste Sorte 7400—7500 M., für die zweite Sorte 6500 bis 7000 M. und für die dritte Sorte 6000—6200 M. Auf dem letzten Freitag-Markt schwankten die Preise für alle drei Sorten zwischen 4900—5800 Mark. Die Ursache dieser ganz ungewöhnlichen Preissteigerung ist darin zu suchen, daß eine große Zahl von Schweinen aus dem ehemals preußischen Teilgebiet jetzt nach Kongreßpolen ausgeführt wird. Die Folge dieser „segensreichen" Maßnahme wird sich nun für uns in unerhört hohen Schweinefleischpreisen bemerkbar machen. Unter 100 M. wird ein Pfund Schweinefleisch kaum zu haben sein.

X **Das Ankleben von Bekanntmachungen usw. an staatlichen Gebäuden, Privathäusern und Zäunen** ist nach einer Bekanntmachung des Starosta Grodzki Mrávincsics bei strenger Strafe verboten. Hoffentlich wird gegen die Übertreter rücksichtslos vorgegangen, damit endlich der grobe Unfug der Verunstaltung des Städtebildes beseitigt wird.

X **Evangelisch-kirchliche Personalnachrichten.** Berufen der Hilfsprediger Rutzen in Fordon zum Pfarrer daselbst; der Pfarrer Rogall in Radewitz nach Argenau und der Pfarrer Gürtler in Buschdorf zum 1. Pfarrer in Obornik.

X **Erledigte evangelische Pfarrstellen.** Die Pfarrstelle in Czempin wird infolge der Versetzung des bisherigen Inhabers demnächst frei. Bewerbungen an das Evangelische Konsistorium in Posen. Die Pfarrstelle in Bagnitz b. Prust, Kreis Tuchel, freie Dienstwohnung, ist wieder zu besetzen. Die Wiederbesetzung erfolgt durch Wahl der kirchlichen Körperschaften aus drei von der Kirchenbehörde vorzuschlagenden Bewerbern. Bewerbungen sind dem Konsistorium einzureichen.

X **100 000 Mark Belohnung in deutschem Gelde ausgesetzt** hat die Postdirektion in Memel für die Wiederbeschaffung einer sehr wertvollen Einbrecherbeute. Am 2. d. Mts. wurde nämlich beim dortigen Postamt eine Sendung mit fünf Millionen deutscher Banknoten (1000-Markscheine der Serie 071 7001 E bis 096 7000 E) gestohlen. Ferner wurden Memeler Briefmarken (5 Pfg.- bis 20 M.-Marken) mit der Aufschrift Memel und französische Hafenmarken im Werte von 30 000 M. gleichzeitig gestohlen.

X **Von einem Militärkraftwagen überfahren und auf der Stelle getötet** wurde gestern nachmittag vor dem Hause ul. Dąbrowskiego 25 (früher Große Berlinerstr.) der 5-jährige Knabe Edvard Tatarski. Wem die Schuld an dem bedauerlichen Unglücksfall zuzuschreiben ist, steht bisher noch nicht einwandfrei fest. Auf jeden Fall aber erscheint angesichts des Falles die Mahnung an die Kraftwagenführer am Platze, innerhalb der Stadt ganz besondere Aufmerksamkeit und Vorsicht anzuwenden.

X **Grober Unfug.** Gestern vormittag in der 12. Stunde kam ein militärischer Kraftwagen mit zwei Anhängewagen, auf denen schwere Eisenteile verladen waren, aus der ul. Kanałowa (früher Kanalstraße) und bog an der Ecke der ul. Głogowska (früher Glogauer Str.) nach dem Bahnhofe zu ab. Auf dem Motorwagen saßen sechs bis acht Soldaten. Der Transportzug erregte dadurch allgemeine Aufmerksamkeit, daß von ihm aus etwa alle 15 Meter kanonenschußähnliche Schläge erdröhnten, die die Anwohner der Straßen in hellen Scharen an die Ladentüren bzw. an die Fenster lockten. Unseres Erachtens handelte es sich bei diesen Schlägen nicht etwa um solche, die durch das Platzen von Gummireifen entstanden waren, da die Wagen solche überhaupt nicht besaßen. Offenbar „vergnügten" sich die Soldaten damit, sog. Kanonenschläge zur Entladung zu bringen. Abgesehen davon, daß in jetziger Zeit ein solches Vergnügen sehr kostspielig ist, muß mit aller Entschiedenheit gegen diesen groben Unfug Einspruch erhoben werden, um so mehr, als er eine, wenn auch nur zeitweise, Beunruhigung hervorrief.

X **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum Sonnabend wurden aus einer Remise im Hause ul. Głogowska 43 (früher Glogauerstr.) mehrere schwarze Pferdegeschirre mit Nickelbeschlag im Werte von 45 000 Mk. gestohlen. — In der Nacht zum Dienstag wurden aus der Dampfmühle ul. Kolejowa 19/21 (früher Bahnstr.) drei Treibriemen von 17, 12 und 9 Metern Länge und 9—11 Zentimetern Breite im Werte von 45 000 Mk. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Zwierzyniecka 1 (früher Tiergartenstr.) wurde Sonntag mittag ein großer Posten Wäsche, gez. J. K., im Werte von 78 000 M. gestohlen.

Steinberg, Kr. Neutomischel, 5. Juli. Am Sonntag fand im Schädeschen Gasthause eine Sitzung wegen Umwandlung des früheren Landwirtschaftlichen Vereins in einen deutschen Bauernverein statt. Als Vertreter des Hauptvereins deutscher Bauernvereine hielt der Landwirt A. R. Bußmann-Kokoszczyn (Posen-West) einen anregenden Vortrag über Zweck und Ziele der Bauernvereine. In der Einleitung streifte er hauptsächlich die Entwicklungsgeschichte der Landwirtschaft in einzelnen Zeitabschnitten. An den Vortrag schloß sich eine sehr rege Aussprache, die darauf hinauslief, daß eine landwirtschaftliche Organisationstätigkeit in diesem Sinne nur von Nutzen sein könne. 34 Landwirte beschlossen, den alten Verein in einen Bauernverein umzuwandeln. In den Vorstand wurden u. a. die Landwirte Wilhelm Neumann II-Steinberg um Vorsitzenden und Robert Helmchen-Steinberg um Schriftführer gewählt. Der Verein besitzt noch mehrere landwirtschaftliche Maschinen. Aus diesem Grunde ist die Möglichkeit vorhanden, daß noch mehrere Landwirte von Steinberg und Umgegend dem Verein beitreten. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Vereinsbeitrag in den nächsten Tagen eingezogen und an den Hauptverein abgeführt wird.

* **Wronke,** 4. Juli. In der Nacht zum Sonntag wurde gegen das Rathausgebäude wahrscheinlich eine Handgranate geschleudert, wodurch die Mauer beschädigt und einige Fenster zertrümmert wurden. Über die Ursache dieser Freveltat konnte die „Samtersche Ztg." bis heute nichts Näheres erfahren.

* **Inowroclaw,** 4. Juli. Unter der Ueberschrift „Unsittliches Treiben" veröffentlicht der „Kuj. Bote" folgendes Eingesandt, das allerdings auf das sittliche Verhalten mancher Kreise ein bedenkliches Licht wirft. „Im Hause Ecke Kasztelanska- und Rybnicka-Str. halten sich einige Halbweltdamen auf, die zum Aergernis der benachbarten Einwohner in der schamlosesten Weise zu jeder Tages- und Nachtzeit Besuche empfangen. Gestern herrschte bei dem erwähnten Hause ein derartiger Andrang, daß eine Militär-Patrouille einschreiten mußte, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen (!!). Wäre es nicht geboten, wenn die Polizei den Dirnen ein etwas entfernteres Domizil anweisen würde, als es das bisherige ist, wo die ruhigen Bürger bei Tag und Nacht durch das unsittliche Treiben gestört werden und auch die Kinder, die doch zu anständigen Menschen erzogen werden sollen, fortwährend Zeugen der Demoralisation sein müssen. Einer für viele." — Man wird, die Richtigkeit der Angaben vorausgesetzt, dem Einsender in allen Punkten nur beipflichten können. Die Schriftleitung.

Aus Ostdeutschland.

* **Breslau,** 3. Juli. Aus dem technischen Institut der Breslauer Universität wurden am 20. v. Mts. zwei Platinschalen gestohlen. Der Wert beträgt etwa 150 000 M.

* **Liegnitz,** 4. Juli. Niedrige Kirschenpreise werden aus hiesiger Gegend gemeldet. In der Gegend von Koiskau-Groß-Baudiß wird in den Kirschenalleen das Pfund im Kleinverkauf mit 50 bis 70 Pfennig abgegeben. Die Ursache liegt in der naßkalten Witterung, die die Kirschen aufplatzen läßt, so daß sie nicht verschickt werden können, sondern verbraucht werden müssen.

* **Woldenberg,** 4. Juli. Aufsehen erregt hier die plötzliche Verhaftung eines jungen Mannes aus guter Familie. Er hat sich während seiner Kriegsdienstzeit verleiten lassen, auf Grund gefälschter Papiere einen hochadligen Namen anzunehmen, unter dem er ehrgeizige Damen ehelichte mit der ausdrücklichen Verpflichtung, sich bald nach der Eheschließung wieder von ihnen scheiden zu lassen. Die auf diese Weise zu einem adligen Namen gelangten Damen sollen dann andere hochstehende Leute geheiratet haben. Die leicht und schnell einzugehenden Kriegstrauungen sollen diesem Schwindel besonders förderlich gewesen sein.

Neues vom Tage.

§ **Ergebnis der französischen Volkszählung vom 6. März.** Die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung ohne die Kolonien beträgt 36 084 206 Einwohner, gegen 38 468 813 im Jahre 1912, das bedeutet eine Verminderung der Bevölkerung um 2 384 547. Bei der Zählung sind die Soldaten und Seeleute nicht einbegriffen, die sich am 6. März außerhalb Frankreichs befanden.

§ **Die Stadt Baku** steht, wie aus Moskau gemeldet wird, in Flammen. Ein Teil der Stadt sowie einige Petroleumreservoirs wurden vernichtet.

§ **Ungeheurer Waldbrand.** Aus der Bucknow in Indien wird amtlich gemeldet, daß auf dem Gebiet Kumaum eine Feuersbrunst gegen 400 000 Morgen Land vernichtet.

Briefkasten der Schriftleitung.

S. S. 100. Wenden Sie sich unter genauer Darstellung des Sachverhalts an das Generalkommando in Posen.

Witwe W. R. in Tl. Daß Sie bei der Wirtschaftsregulierung die doch damals schon fallende Tendenz der Valuta nicht in Betracht gezogen haben, rächt sich jetzt schwer. Gegen die Zahlung in polnischem Gelde können Sie nichts machen, der Kursstand des Auszahlungs-, nicht des Kündigungstages ist maßgeblich. Von einem Bruder sollte man allerdings annehmen, daß er in diesem Falle sich nicht vom Rechts-, sondern vom moralischen Standpunkte seinen Geschwistern gegenüber leiten läßt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 6. Juli 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm:

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 3500—3700 M., II. Sorte 2900—3000 M., III. Sorte —,— M. B. **Bullen** I. Sorte 3500—3700 M., II. Sorte 2900—3000 M., III. Sorte —,— M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 3500—3700 M., II. Sorte 2900—3000 M., III. Sorte —,— M. für Lebendgewicht. D. **Kälber:** I. Sorte 3900—4000 M., II. Sorte 3500—3800 M. für Lebendgewicht.

II. Schweine: I. Sorte 7400—7500 M., II. Sorte 6500—7000 M., III. Sorte 6000—6200 M. für Lebendgewicht.

Der Auftrieb betrug: 91 Rinder, 120 Kälber, 34 Schafe, — Ziegen, 280 Schweine, — Ferkel. — Tendenz: sehr lebhaft.

Berliner Börsenbericht

vom 5. Juli.

Diskonto-Komm.-Anteile	281.—	3½ % Pos. Pfandbriefe	18.50
Orenstein u. Koppel	583.—	Auszahlung Warschau	4.75
Hartmann Maschinen	552.50	Polnische Noten	$5^{10}/5^{30}/4^{95}$
Phönix	790.—	Kriesnoten	8.75
Caro	290.—	Dollar	74.75
Otavi	480.—	Englische Pfund	277.50
Scheidemandel	640.—	Gulden	2450.—
3½% Poln. Pfandbriefe	14.—	Schweizer Franken	1247.50
4% Pos. Pfandbriefe	17.—		

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Verfügung betreffend Milch und Butter.

Auf Grund der Verfügung der Naczelna Rada Ludowa vom 7. Januar 1919 sowie § 1 der Verfügung des Ministeriums d. ehem. pr. Gebiets vom 13. November 1919 (Tyg. Urzęd. Nr. 62 S. 334) ordne ich folgendes an:

Art. 1.

Auf die Gebietsteile der Wojewodschaften Poznań und Pomorze wird der Grundsatz freien Handels mit Milch, Butter, Quark und Käse aus entrahmter Milch eingeführt, sofern in den nachfolgenden Artikeln Ausnahmen nicht festgesetzt sind.

Art. 2.

Es ist verboten:

1. nichtentrahmte Milch und Sahne in Gewerbebetrieben zu verwenden, ausgenommen bei Herstellung von Butter,
2. nichtentrahmte Milch zum Ausbacken von Brot, sowie zur gewerbsmäßigen Herstellung von Schokolade und Zuckerwaren zu verwenden,
3. Sahne in irgendwelcher Gestalt in Konditoreien, Restaurants, Bäckereibetrieben, in Gast- und Schankwirtschaften sowie in sämtlichen Gasthäusern zu verabfolgen, ebenso Milch zu Getränken.
4. Handel mit Sahne zu betreiben; es ist nur gestattet, Sahne an Betriebe, welche gewerbsmäßig Butter herstellen, sowie an Gemeinden zwecks Zuteilung an Kranke abzuliefern,
5. Schlagsahne sowie Sahnenpulver gewerbsmäßig herzustellen und zu verabfolgen,
6. nichtentrahmte Milch zu Farbenfabrikationszwecken zu verwenden,
7. nichtentrahmte Milch zur Herstellung von Kasein zu technischen Zwecken zu verwenden,
8. nichtentrahmte Milch durch Tiere mit Ausnahme von Kälbern unter 6 Wochen zu verfüttern,
9. Butter zur gewerbsmäßigen Herstellung von Backwaren jeglicher Art, zur Fabrikation von Seife und zu gewerblichen und technischen Zwecken zu verwenden,
10. Käse jeglicher Art aus nichtentrahmter Milch sowie aus entrahmter mit einem größeren Fettgehalt wie 5 Proz. herzustellen und feilzubieten.

Der Wojewode kann Ausnahmefälle zulassen.

Art. 8.

Einer Gefängnisstrafe bis zu 1 Jahre und einer Geldstrafe bis zu 300 000 Mark, oder einer dieser Strafen unterliegt derjenige, welcher die Bestimmungen des Art. 2—7 d. vorliegenden Verfügung nicht beachtet. Im Falle der Nichtbeachtung der Bestimmungen des Art. 2 ist die Verwaltungsbehörde 1. Instanz befugt, den Betrieb auf einen bestimmten oder unbestimmten Zeitraum zu schließen.

Poznań, den 24. April 1921.

Der Minister des ehemaligen preußischen Gebiets.
(—) W. Kucharski.

Vorstehende Verfügung geben wir zur öffentlichen Kenntnis.

Poznań, den 2. Juli 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.
(—) Drwęski.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 5 und 6 des Gesetzes über Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und §§ 143 und 144 über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird das Ankleben sämtlicher Bekanntmachungen an staatlichen Gebäuden, Privathäusern und Zäunen im Sinne des § 15 des Ordinationsverfahrens verboten.

Ueberschreitungen obiger Verfügung werden streng bestraft.

Starosta Grodzki.
(—) Mrávincsics.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) und des § 137 des Gesetzes über allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung S. 195) als auch des § 34 des Feld- und Waldpolizeigesetzes vom 1. April 1880 (Gesetzsammlung S. 230) wird folgendes für den Umkreis der Posener Wojewodschaft im Einvernehmen mit dem Verwaltungsgericht der Wojewodschaft verfügt:

§ 1.

Besitzer, Pächter und Nutznießer von Obstbäumen sind verpflichtet, dieselben zweimal jährlich, und zwar im Mai und November auf Blutläuse zu untersuchen, oder sie von Personen, die dazu bevollmächtigt sind, untersuchen zu lassen.

§ 2.

Wenn die zur Untersuchung Verpflichteten die Blutlaus auf ihren Obstbäumen oder verdächtige Erscheinungen derselben festgestellt haben, muß die Ortspolizeibehörde in Kenntnis gesetzt werden und nach ihrer Anordnung sind auf eigene Kosten Mittel anzuwenden, die der weiteren Verbreitung der Blutlaus vorbeugen. Betr. Anwendung der Schutzmittel ist die zu diesem Zwecke veröffentlichte Instruktion maßgebend.

§ 3.

Personen, welche die Polizeibehörde mit der Untersuchung der Obstbäume betraut hat, und die beauftragt worden sind, sich zu überzeugen, ob Schutzmittel nach der vorgeschriebenen Art angewendet worden sind, muß der Zutritt zu den Grundstücken, worauf sich mit dieser Krankheit behafteten Obstbäume befinden, gestattet werden.

§ 4.

Besitzern, Pächtern und Nutznießern von Obstbäumen, bei denen das Erscheinen der Blutlaus festgestellt worden ist, wird der Verkauf der kranken Obstbäume sowie des Obstes verboten.

§ 5.

Ueberschreitungen werden mit einer Geldstrafe bis 600 Mark oder mit Arrest, falls sie nicht einer Geldstrafe laut § 34 des Feld- und Waldpolizeigesetzes unterliegen, bestraft. Außerdem können Schutzmittel auf Kosten der Besitzer durch die Polizeibehörde angeordnet werden.

§ 6.

Diese Verordnung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung vom 11. Juli 1914 aufgehoben. (Dziennik Urzędowy byłej rejencji poznańskiej vom Jahre 1919 Nr. 28).

Kierownik Starostwa Grodzkiego.
(—) Dermanowski.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die **Akt.-Ges. H. Cegielski in Poznań** im Fabrikgebäude Górna Wilda 142—150 einen Dampfhammer in Betrieb zu setzen beabsichtigt.

Irgendwelche Einsprüche betr. dieses Unternehmens können an den Wydział Miejski in Poznań plac Działowy Nr. 6, binnen 2 Wochen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung erhoben werden. Spätere Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Beschreibungen sowie Zeichnungen liegen im Bureau des Wydział Miejski (plac Działowy Nr. 6, Zimmer 12 I) in den Dienststunden zur Einsicht aus.

Poznań, den 18. Juni 1921.

Wydział Miejski.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 8. Juli, abds. 8 Uhr.
Sonnabend morgens 8¾ Uhr **mit Schacharis beginnend,**
nachm. 5 Uhr **Mincha.**
abends (Sabbatausgang) 10 Uhr 15 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 8½ Uhr.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde)
Ulica Dominikańska.

Freitag, d. 8. Juli, abends 7 Uhr mit **Predigt.**
Sonnabend vorm. 10 Uhr.
Morgens 7 Uhr und abends 7½ Uhr.